

beziehungswweise

MAI 2012

INFORMATIONSDIENST DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR FAMILIENFORSCHUNG WWW.OIF.AC.AT

INHALT

- | | | | |
|------------------|---|------------------|---|
| 1 THEMA | Zeitpolitik für Familien. Ergebnisse des 8. deutschen Familienberichts | 8 SERVICE | info: Hat Familie Zukunft? Betrachtungen aus jüdischer Sicht |
| 2 KOLUMNE | Baby! Nie mehr allein zu Haus ... Halbzeit | | buch: Fragt die Eltern! Ravensburger Elternsurvey |
| 6 STUDIE | Mehr Bildung – weniger Kinder? Die Beziehung zwischen Bildung und Fertilität | | buch: Das Väter-Handbuch. Theorie, Forschung, Praxis |

THEMA

Zeitpolitik für Familien

Eine Zusammenfassung der Hauptergebnisse des achten deutschen Familienberichts

VON SONJA BLUM

Geld, Infrastruktur und Zeit – der 7. deutsche Familienbericht identifizierte 2006 diese drei zentralen Ressourcen, die Familien benötigen. Seither hat sich die Rede vom familienpolitischen „Instrumenten-Dreiklang“ in Forschung und Politik etabliert. Hierauf verwies die deutsche Bundesregierung, als zum 1.1.2007 das Elterngeld eingeführt und als 2008 der substanzielle Ausbau der Kindertagesbetreuung beschlossen wurde – zwei weitreichende Reformen, mit denen primär die Bereiche „Geld“ und „Infrastruktur“ weiterentwickelt wurden. Für den Bereich der Zeitpolitik für Familien hingegen, so der jetzt erschienene Nachfolgebericht, stehen vergleichbare Bemühungen noch aus.

Dies zu ändern und eine Familienzeitpolitik zu institutionalisieren, ist explizites Ziel dieses 8. Familienberichts, der schon in seinem Titel „Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik“ benennt. Seit 1968 erscheint in jeder zweiten Legislaturperiode ein Familienbericht, wobei sich die Berichte abwechselnd allgemein umfassend und speziell-fokussiert mit der Situation von Familien in Deutschland befassen. Beim 8. Familienbericht handelt es sich um einen Spezialbericht, der sich auf das Thema der Zeitpolitik

für Familien konzentriert. Gleichzeitig ist dieses Spezialthema denkbar breit angelegt: Wie Zeit im Allgemeinen, so ist auch Zeit für Familie allgegenwärtig und tangiert, in unterschiedlicher Art und Weise, auch alle anderen familienpolitischen Instrumente.

Die Sachverständigenkommission des 8. Familienberichts identifiziert drei strukturelle Zeitprobleme, mit denen sich Familien konfrontiert sehen, nämlich: Zeitbudgetknappheit, Zeitsynchronisations- und Zeitverwendungsprobleme. Hier müsse Zeitpolitik für Familien ansetzen, indem sie erstens die Zeitressourcen und Zeitorganisation im Alltag von Familien verbessere (z.B. in Bezug auf Arbeitszeiten) und zweitens Zeitknappheit und Zeitkonflikte in den unterschiedlichen Lebensphasen

Familien sehen sich mit drei strukturellen Zeitproblemen konfrontiert: Zeitbudgetknappheit, Zeitsynchronisation und Zeitverwendung.

Mo	9 – 12 Uhr		Öffnungszeiten Di–Fr 11.00–18.00 Uhr Do 11.00–20.00 Uhr Sa 11.00–16.00 Uhr
Di	9 – 12 Uhr		
Mi	9 – 12 Uhr		
Do	14 – 17 Uhr		
Fr	9 – 12 Uhr		



Halbzeit

VON SONJA DÖRFLER



„Aufgewacht und gut gelaunt“

Abigail ist heute genau ein halbes Jahr alt. Ich bin nun in der Mitte meiner Vollkarenzzeit. Einerseits scheinen diese sechs Monate rasch vergangen zu sein, andererseits hat sich in dieser Zeit so viel ereignet, dass es mir weit länger vorkommt. Abigail ist heute ein ganz anderes Wesen: Sie reagiert blitzschnell auf ihre Umwelt, hat Lieblingsobst und (weniger)

Lieblingsgemüse. Sie kommuniziert mit ihrer Stimme und hat sich schon zum einen oder anderen Ma-ma und Da-da durchgerungen, was Mama und Dad natürlich besonders gefreut hat.

In der Früh dreht sie sich in ihrem Bett bereits auf die Seite und schaut durch die Stäbe des Gitterbettes, ob wir auch schon wach sind. Wenn wir auf ihre Laute reagieren und endlich die Augen öffnen, werden wir mit einem breiten Grinsen und fröhlichen Quitschen belohnt. Fortbewegen tut sich Abby noch wenig. Von Krabbeln kann keine Rede sein, allerdings robbt sie auf dem Rücken liegend mit Anheben des Popos vorwärts.

Ich selbst versuche an meiner Dissertation weiterzuarbeiten. Je älter Abigail wird, desto schwieriger gestaltet sich das allerdings – zumindest, wenn ich mit ihr alleine zu Hause bin. Ihre Schlafphasen tagsüber haben sich radikal verkürzt und sind zudem seltener geworden. Dafür schläft sie schon seit gut zwei Monaten in der Nacht acht, neun Stunden am Stück. Diesbezüglich habe ich Glück gehabt, denn ich kenne die Geschichten von anderen Müttern mit weniger schlaffreudigen Kindern. Vielleicht sollte ich meine Arbeitseinheiten in die Nacht verlagern? Disziplin ist jedenfalls von mir gefordert, denn die Zeit vergeht!

Das Kinderbetreuungsgeldmodell, auf das wir uns geeinigt haben, ist das einkommensabhängige. Ich werde 12 Monate in Karenz sein und Abbys Papa wird anschließend zwei Monate bei ihr zu Hause bleiben. In dieser Zeit beginnt er mit ihr auch die Eingewöhnung in die Kinderkrippe. Danach werden wir beide Teilzeit arbeiten. Wir haben festgestellt, dass dieses Kinderbetreuungsgeldmodell am besten für uns geeignet ist. ■

sonja.doerfler@oif.ac.at

systematisch abmildere. Institutionell rät der Familienbericht dazu, Familienzeitpolitik als Querschnittspolitik zu betreiben, d.h. – ähnlich wie Gender Mainstreaming – Gesetzesentwürfe und Politiken in verschiedenen Politikfeldern systematisch auf ihre zeitbezogenen Wirkungen für Familien hin zu überprüfen.

Zeitliche Problemlagen

Zur Ableitung des politischen und gesellschaftlichen Handlungsbedarfs nimmt der 8. Familienbericht die Rolle des Zeitfaktors im Familienleben, bei Fertilitätsentscheidungen, bei der Kindererziehung und der Pflege in den Blick. Welche Problemlagen der Bericht für diese verschiedenen Bereiche aufzeigt, wird im Folgenden beispielhaft diskutiert.

Insgesamt stellen sich die zeitlichen Problemlagen je nach Familienform und Familienphase verschieden dar: Alleinerziehende sind von anderen Zeitkonflikten betroffen als Familien mit zwei erwerbstätigen Partnern, Einkindfamilien von anderen als Mehrkindfamilien. Ebenso haben junge Eltern nach der Geburt andere Zeitkonflikte zu lösen als Familien mit Kindern im Schulalter oder Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen. Darüber hinaus betreffen strukturelle Zeitprobleme Männer und Frauen in sehr unterschiedlicher Art und Weise.

Als wichtigsten externen Taktgeber für die Zeitverwendung von Familien hebt der Bericht die Arbeitszeiten hervor. Nach der Geburt von Kindern reduzieren Mütter häufig ihre wöchentliche Arbeitszeit, während Männer eher mehr arbeiten als zuvor: Im Durchschnitt arbeiten in Deutschland 92 Prozent der Männer, aber nur 55 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter Vollzeit. Die gewünschte Arbeitszeit hingegen geht laut Mikrozensus-Daten in Richtung einer „goldenen Mitte“: Tendenziell wünschen Mütter vollzeitnahe Arbeitszeiten von etwas mehr als 30 Wochenstunden, während Väter ihre Arbeitszeit gerne etwas verkürzen würden. Daneben stellen auch atypische Arbeitszeiten (z.B. Nacht- oder Wochenendarbeit) sowie zunehmend befristete Arbeitsverhältnisse Familien vor besondere Vereinbarkeitsprobleme.

Eng mit den Arbeitszeiten hängt auch die sonstige Zeitverwendung in der Familie zusammen, die über den Lebenslauf betrachtet zentrale Veränderungen aufweist: Laut Daten der Zeitbudgeterhebung von 2001/2002 stellt sich die Zeitverteilung

zwischen Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Kinderbetreuung/Pflege für Frauen und Männer vor der Familiengründung noch relativ ähnlich dar. In der aktiven Familienphase jedoch bringen Männer deutlich mehr Zeit für die Erwerbsarbeit und deutlich weniger Zeit für Haushalt und Kinderbetreuung/Pflege auf als Frauen. Und für die drei Bereiche insgesamt investieren Frauen mehr Zeit, ihnen bleibt also weniger Zeit für sich. Im Vergleich zur Phase vor der Familiengründung sowie der aktiven Familienphase steigen die Zeitressourcen im Pensionsalter an, es bleiben mehr Eigen- und Freizeit.

Neben den Arbeitszeiten stellen die Zeitregelungen öffentlicher Institutionen einen weiteren zentralen Taktgeber für Familien dar: In erster Linie Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, aber auch Ämter und Behörden sowie kulturelle Einrichtungen haben jeweils spezifische – und zum Teil regional höchst unterschiedliche – Öffnungszeiten, die Eltern in Zeitnot bringen können. Dies betrifft Mehrkindfamilien in besonderer Weise, da hier unterschiedliche Bildungs-, Betreuungs- und Freizeit-Zeiten der Kinder synchronisiert werden müssen. In der Regel liegen diese auch an unterschiedlichen Orten, sodass zusätzliche Wegzeiten anfallen. Konkrete Auswirkungen dieser externen Taktgeber zeigen sich beispielsweise in Hinblick auf die Erwerbstätigkeit der Eltern: So wäre laut Daten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung bei einem passgenaueren Kinderbetreuungsangebot (z.B. in Hinblick auf die Öffnungszeiten) jede fünfte Mutter früher und jede achte Mutter mit einem größeren Stundenumfang wieder in den Beruf eingestiegen.

Vor dem Hintergrund dieser hier nur beispielhaft angeführten diversen Problemlagen kommt es zu subjektiv empfundener und objektiv belegbarer Zeitknappheit von Familien: Wie der 8. Familienbericht ausführt, geben etwa zwei Drittel der Väter und ein Drittel der Mütter an, zu wenig Zeit für ihre Kinder zu haben. Über den Lebenslauf betrachtet, stellt sich die zeitliche Situation für Eltern mit jüngeren Kindern am „knappsten“ dar, während ältere Menschen wieder über eine höhere Zeitsouveränität verfügen.

Handlungsmöglichkeiten

Welche Möglichkeiten gibt es, auf diese unterschiedlichen Problemlagen zu reagieren, Zeitkonflikte von Familien abzumildern und strukturelle Zeitprobleme abzubauen?

Auch wenn die Unternehmen in Deutschland der Familienfreundlichkeit in den letzten Jahren zunehmend Bedeutung beimessen, identifiziert der 8. Familienbericht noch erhebliches Handlungspotenzial in diesem Bereich wie z.B. möglichst hohe Selbstbestimmung der Arbeitnehmer über Ausmaß und Lage der Arbeitszeiten sowie den Arbeitsort, Arbeitszeitkonten mit Freizeitausgleich oder Sabbaticals. Angesichts der Auswirkungen familienbedingter Erwerbsunterbrechungen auf geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede sowie der unterschiedlichen Karrierewege von Männern und Frauen gehe es aber auch um die Förderung des Wiedereinstiegs nach der Elternzeit sowie generell der beruflichen Werdegänge von Eltern, z.B. durch das Angebot von (vollzeitnahen) Teilzeitarbeitsplätzen, Bekämpfung der Präsenzkultur sowie Job Sharing, auch in Führungspositionen.

Als besonders relevant hebt der Bericht außerdem eine kommunale Zeitpolitik hervor, die sich u.a. mit der Koordination der Zeiten von öffentlichen und privaten Dienstleistern sowie Kinderbetreuungs- und Mobilitätszeiten beschäftigt. In diesem Kontext fordern die Autorinnen und Autoren einen bedarfsgerechten Ausbau an qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung und Ganztagschulen. Außerdem regen sie nach schwedischem Vorbild die Einrichtung von Freizeitheimen an, die – in unmittelbarer Nähe z.B. von Schulen – an Nachmittagen und in Ferienzeiten vielfältige Freizeitaktivitäten anbieten und somit an einem Ort bündeln könnten. Für atypische Beschäftigungszeiten wie Wochenend- und Nachtarbeit wird hingegen ergänzende Tagespflege empfohlen, um Kinder nicht einem schichtbedingten Personalwechsel auszusetzen.

Angesichts der Tatsache, dass die Zeitbudgetengpässe sich z.B. entlang des Lebensverlaufs sehr unterschiedlich darstellen – besonders knapp oft zu Beginn des vierten Lebensjahrzehnts, wenn berufliche Karriere und Familiengründung zeitlich zusammenfallen – diskutiert der 8. Familienbericht Möglichkeiten einer Umverteilung von Zeit. Diese könne intrafamiliär, interpersonal wie auch intertemporal ablaufen, indem z.B. Väter mehr Zeit für Hausarbeit und Kinderbetreuung investieren, Kinderbetreuung im Rahmen von Nachbarschaftshilfe „getauscht“ wird oder soziale Dienstleistungen zur Entlastung bei der Hausarbeit hinzugekauft werden. Als politische Handlungsmöglichkeit empfiehlt die Sachverständigenkommission beispielsweise eine zeitliche Flexibilisierung der dreijährigen Elternzeit sowie einen erleichterten Zugang zu der sogenannten „Großelternzeit“, bei



Monitor Familienforschung,
Ausgabe 26.
www.bmfsfj.de

der Großeltern derzeit nur unter sehr speziellen Bedingungen Anspruch auf Arbeitsfreistellung haben: Nicht nur müssen ihre Kinder unter 21 Jahre alt sein und sich in Schule bzw. Ausbildung befinden, sondern das Enkelkind auch im Haushalt der Großeltern leben.

Eckpunkte einer Familienzeitpolitik

Angesichts der verschiedenen Problemlagen und Handlungsmöglichkeiten kristallisieren sich die Eckpunkte einer Familienzeitpolitik, ihrer Akteure, Instrumente und Handlungsbereiche heraus. In Bezug auf die Akteure visiert der 8. Familienbericht eine Verschränkung der vier Ebenen Zivilgesellschaft, Unternehmen und Sozialpartner, Politik und Institutionen sowie Individuen an. In einer zusammenfassenden Publikation zum 8. Familienbericht (BMFSFJ 2011) werden – in einer leicht veränderten Kategorisierung – vier Hauptakteure und -taktgeber von Familienzeitpolitik benannt:

- Familie
- Gesetzgeber
- Unternehmen und
- Kommunen (siehe Abbildung nächste Seite)

Diesen vier Akteursebenen entsprechend identifiziert die Sachverständigenkommission „als größere Ansatzpunkte die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die finanziellen und rechtlichen Rahmenregeln sowie die indirekten Einwirkungsversuche auf die individuellen Präferenzen“.

Vor dem Hintergrund der zeitrelevanten Hauptrahmenbedingungen – Infrastruktur, Familienpolitik, Ökonomie sowie lokale Situation – können die Akteure laut dem 8. Familienbericht auf vier Handlungsfeldern aktiv werden:

- die Zeitsouveränität von Familien stärken,
- die Zeitsynchronisation erhöhen,
- Zeitumverteilung ermöglichen sowie
- Zeitkompetenz fördern.

Zur Verfolgung der Ziele auf diesen Handlungsfeldern stehen den Akteuren vielfältige Instrumententypen und Einsatzmöglichkeiten zur Verfügung. So können beispielsweise Unternehmen im Bereich der Zeitsouveränität aktiv werden, indem sie familienbewusste Arbeitszeiten wie etwa Lebensarbeitszeitkonten einrichten. Politik und Kommunen können über Öffnungs- und Ferienzeiten von Behörden und Bildungseinrichtungen

die Zeitsynchronisation verbessern. Zivilgesellschaft und Familien stehen Handlungsoptionen im Bereich der Zeitumverteilung zur Verfügung, z.B. über Tauschdienste im Rahmen einer erweiterten Nachbarschaftshilfe. Und Ansatzpunkte für eine Stärkung der Zeitkompetenz finden sich vor allem im Bildungsbereich, wo z.B. die Vermittlung entsprechender Kompetenzen in Schulcurricula Eingang finden könnte.

Politische Schlussfolgerungen

Im Oktober 2011 überreichte die Sachverständigenkommission den 8. Familienbericht an die deutsche Familienministerin Kristina Schröder; am 14. März 2012 stellte diese ihn, nach Beschluss des Bundeskabinetts, offiziell in Berlin vor. Auf der Pressekonzferenz – wie auch in der dem Familienbericht vorangestellten Stellungnahme der Bundesregierung – wurden familienpolitische Aktivitäten auf Grundlage des Familienberichts angekündigt.

Einen besonderen Fokus legte Schröder dabei auf die „Großelternzeit“: Nach ihren Plänen sollen Ältere in Zukunft nicht mehr nur in bestimmten Härtefällen die Möglichkeit haben, die Berufstätigkeit zugunsten der Betreuung ihrer Enkel einzuschränken. Neben der Förderung und ggf. Subventionierung haushaltsnaher Dienstleistungen will die Familienministerin außerdem dem Vorschlag des Berichts folgen, die dreijährige Elternzeit zu flexibilisieren: Bislang können Eltern bis zu zwölf Monate der Arbeitsfreistellung auf einen späteren Zeitpunkt, bis zum achten Lebensjahr des Kindes, verschieben. Zukünftig soll es möglich sein, bis zu 24 Monate der Elternzeit flexibel bis zum 14. Lebensjahr des Kindes zu nehmen. Hiermit sollen höhere Zeitbedürfnisse in späteren Phasen befriedigt werden können, z.B. beim Übergang von Kindern auf die weiterführende Schule.

Unter den familienpolitischen Akteuren sorgten die Ankündigungen der Familienministerin für ein geteiltes Echo. Seitens der Verbände, z.B. der Caritas, wurden die Vorschläge für eine Familienzeitpolitik grundsätzlich begrüßt und deren rasche Umsetzung gefordert. Kritisiert wurde allerdings von verschiedenen Seiten, dass der Bericht – bei seinem Augenmerk auf kostengünstige Instrumente wie z.B. der Zeitumverteilung durch Familie und Zivilgesellschaft – flankierende finanzielle Instrumente außer Acht lasse. So bemängelte beispielsweise Katja Dörner, Familienexpertin der Grünen, in Hinblick auf die Stellungnahme der Bundesregierung, dass Unternehmen nicht in die

Pflicht genommen würden und eine Familienzeitpolitik nur insofern verfolgt werde, als sie keine Kosten verursache. Beispielsweise wird zwar die Ausweitung der Großelternzeit, nicht aber ein daran geknüpfter monetärer Transfer angeregt. Unter anderem vom Deutschen Familienverband wurde der Kommissionsvorschlag kritisiert, die Elternzeit von drei auf z.B. zwei Jahre zu verkürzen oder ihre Inanspruchnahme nach dem ersten Geburtstag des Kindes von der Aufnahme zumindest einer Teilzeitbeschäftigung abhängig zu machen.

Familienministerin Schröder hat allerdings bereits angekündigt, dem Vorschlag einer Verkürzung der dreijährigen Elternzeit nicht folgen zu wollen. Der somit umstrittene Vorschlag des 8. Familienberichts erklärt sich vor dem Hintergrund seiner Basishypothese, dass es vor allem in zwei Lebensabschnitten – der Familienbildung sowie dem Eintritt von Pflegebedürftigkeit in der Familie – zu einer verschärften Zeitbudgetkonkurrenz zwischen Arbeitszeit und Familienzeit kommen kann und Familien sich vielfach gezwungen sehen, diese in eine der zwei möglichen Richtungen hin aufzulösen: Eine Unterinvestition in Familienzeit (mit in der Folge z.B. sinkenden Geburtenraten) oder eine Überinvestition in Familienzeit (mit in der Folge z.B. signifikanter Verschlechterung der ökonomischen Lage). Diese zeitbezogene Perspektive und entsprechende zeitpolitische Maßnahmen bilden eine wichtige Neuerung in der Behandlung dieses bekannten Problems: der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. ■

Kontakt: sonja.blum@oif.ac.at

Die Sachverständigenkommission des 8. Familienberichts:

- PD Dr. Fabienne Becker-Stoll
Institut für Frühpädagogik
- Dr. Hans-Peter Klös
Institut der deutschen Wirtschaft
- Prof. Dr. Andreas Kruse
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
- Prof. Dr. Dr. Joachim Möller
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
- Prof. Dr. Jutta Rump
Fachhochschule Ludwigshafen
- Prof. Dr. Dr. Helmut Schneider
Steinbeis-Hochschule Berlin
- Prof. Dr. Norbert F. Schneider
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
- Prof. Dr. Gregor Thüsing LL.M.
Universität Bonn

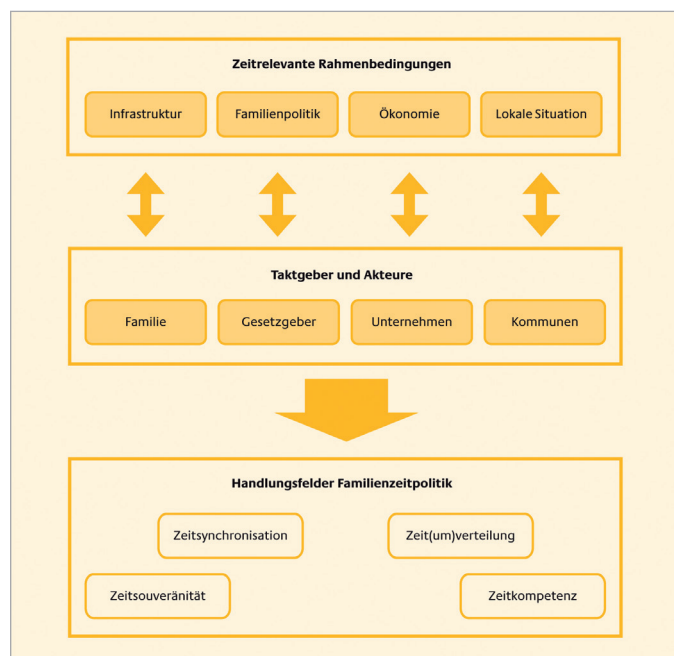


Abbildung: Eckpunkte einer Familienzeitpolitik

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2011:10.

Literatur

- Achter Familienbericht (2012): Zeit für Familie. Zeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache. 17/9000.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2011): Zeit für Familie – Ausgewählte Themen des 8. Familienberichts. Monitor Familienforschung, Ausgabe 26.
- Siebter Familienbericht (2006): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/1360.

termin

Am 20. Juni 2012 wird Sonja Blum im Rahmen eines Jour fixe am ÖIF zu diesem Thema referieren. Informationen: www.oif.ac.at

Mehr Bildung – weniger Kinder?

Die Beziehung zwischen Bildung und Fertilität

VON RUDOLF WINTER-EBMER

Nach vorherrschender Meinung – und einer ausgedehnten demografischen Literatur – gibt es keinen Zweifel: Mehr Bildung geht mit sinkenden Geburtenraten einher. Skirbekk (2008) zeigt in seiner Metaanalyse einen Überblick über Studien zu sozialem Status, Vermögen, Schulbildung und Fertilität: Während in früheren Jahrhunderten sozialer Status noch positiv mit der Anzahl an Kindern verknüpft war, hat sich diese Relation im letzten Jahrhundert ins Negative verschoben; insbesondere dann, wenn man einfache Korrelationen zwischen Bildung und Fertilität betrachtet.

Mögliche Änderungen im Fertilitätsverhalten sind eine von vielen Konsequenzen der weltweiten Expansion des Bildungssystems der letzten Jahrzehnte. ArbeitsmarktökonomInnen haben mit viel Liebe zum Detail die finanziellen Erträge der Ausbildung studiert, andere Auswirkungen sind viel weniger deutlich belegt. Oreopoulos und Salvanes (2011) diskutieren nicht-monetäre Erträge der Schulbildung innerhalb und außerhalb des Arbeitsmarktes: Folgewirkungen für Kriminalität, Gesundheit und Familie, Bildung und Einkommen der Kinder, aber auch für Vertrauen, politische Partizipation, etc. werden dabei festgestellt. Davon sind Effekte der Bildung auf Fertilität und generell auf das Verhalten sowie die Ressourcenausstattung des Nachwuchses von besonderem Interesse, werden solche Effekte doch künftige Generationen für lange Zeit maßgeblich mitgestalten.

Keine kausale Beziehung zwischen Bildung und Fertilität

Diese in vielen Studien gemessenen negativen Korrelationen zwischen Bildung und Fertilität bedingen jedoch keineswegs eine kausale Beziehung in dem Sinne, dass mehr Bildung quasi automatisch zu geringerer Fertilität führen würde. Diese negativen Korrelationen können durch unbeobachtete dritte Faktoren oder einfach durch umgekehrte Kausalität hervorgerufen worden sein: Frühe Schulabgängerinnen könnten generell größere Familien bevorzugen, andererseits ist es naheliegend, zu vermuten, dass die

Geburt eines Kindes die weitere schulische Karriere einer jungen Mutter negativ beeinflussen wird; die Kausalkette also umgekehrt von mehr Fertilität zu geringerer Schulbildung führt.

Dieses statistische „Henne und Ei-Problem“ zu lösen, ist nicht einfach. Im Idealfall braucht man dazu eine historische oder experimentelle Situation, bei der Frauen zufälligerweise unterschiedliches Schulbildungsniveau zugewiesen bekommen. Der kausale Effekt lässt sich dann einfach durch einen Vergleich der Fertilitätsraten der beiden Gruppen nachweisen. Jüngste Studien haben genau das getan: Sie verwenden Reformen der allgemeinen Schulpflicht in verschiedenen Ländern. Fort, Schneeweis und Winter-Ebmer (2011) verwenden Daten für mehr als 6.000 ältere Frauen aus acht europäischen Ländern und benutzen Änderungen der gesetzlichen Schulpflicht, die sich zwischen 1942 und 1967 ereignet haben.¹

Die Resultate dieser Studie sind sehr eindeutig und widersprechen der vorherrschenden Meinung: Wenn man verpflichtende zusätzliche Schulbildung betrachtet, also jene Frauen, die ihre Schulbildung aufgrund der Verlängerung der gesetzlichen Schulpflicht ausweiten mussten, dann bewirkt eine Verlängerung der Ausbildung nicht weniger, sondern mehr Kinder. Der quantitative Effekt ist relativ groß: Ein zusätzliches Jahr an Schulbildung reduziert die Wahrscheinlichkeit, dass die Frau kinderlos bleibt, um ungefähr zehn Prozentpunkte; jede fünfte Frau bekommt aufgrund der höheren Bildung ein zusätzliches Kind.

Die illustrative Grafik (siehe nächste Seite) zeigt durchschnittliche Fertilitätsraten von Geburtskohorten, wobei die Kohorten über alle Länder hinweg so geordnet wurden, dass die Verlängerung der Schulpflicht in der Periode null passiert (Pivot-Kohorte); Fertilitätsraten sind als Abweichungen vom langjährigen Durchschnitt gezeichnet. In der Grafik sieht man einen deutlichen, langfristigen

¹ Die Daten stammen vom Survey on Health, Ageing, and Retirement in Europe (SHARE) und der English Longitudinal Study on Ageing (ELSA).

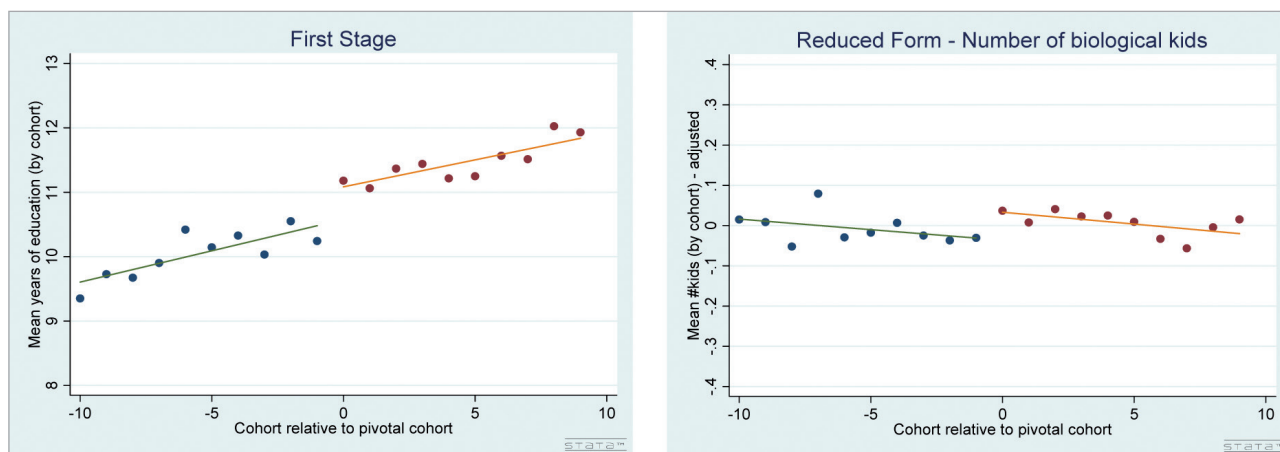


Abbildung: Die Auswirkungen der Reformen auf die Jahre der Ausbildung und die Anzahl der biologischen Kinder

fallenden Fertilitätstrend, der durch die Verlängerung der Schulpflicht in der Pivot-Kohorte null durchbrochen wird.

Was sind die Gründe für dieses überraschende Ergebnis?

Eine Verlängerung der Schulpflicht sollte generell nur Frauen mit geringer Schulbesuchsneigung beeinflussen. Für diese Frauen bedeutet das durch die höhere Bildung erzielbare höhere Einkommenspotenzial, dass sie sich mehr Kinder leisten können; gegenläufige Effekte – weniger Fertilität durch stärkere Erwerbsbeteiligung – sind offenbar nicht so stark ausgeprägt. Darüber hinaus können wir zeigen, dass zusätzliche Schulbildung auch zu

- einer höheren Heiratswahrscheinlichkeit führt,
- zu einer niedrigeren Scheidungs- und Trennungsrate sowie
- zu einem potenziellen Partner, der selber besser ausgebildet ist.

Man könnte daher sagen, dass ein Teil des Resultates durch den Einkommenseffekt auf dem Arbeitsmarkt und ein weiterer Teil durch den Heiratsmarkt zustande kommen.

Natürlich kann man aufgrund dieser Studie (noch) nicht behaupten, dass jede Expansion des Bildungssystems auch die Anzahl der Kinder erhöhen wird, aber die Studie zeigt doch klar, dass die vorherrschende Meinung – mehr Bildung, weniger Kinder – stark in Zweifel zu ziehen ist. ■

Literatur

Fort, Margherita, Schneeweis, Nicole und Rudolf Winter-Ebmer (2011), "More schooling, more children: compulsory schooling reforms and fertility in Europe", Johannes-Kepler-Universität Linz Working Paper 1105.

Oreopoulos, Philip und Kjell G. Salvanes (2011), "Priceless: the non-pecuniary benefits of schooling", *Journal of Economic Perspectives* 25(1), 159-184.

Skirbekk, Vegard (2008), "Fertility trends by social status", *Demographic Research* 18(5), 145-180.

Quelle: Dieser Beitrag wird mit Genehmigung der Redaktion der Internetplattform „Ökonomenstimme“ veröffentlicht (www.oekonomenstimme.org).

der autor

Rudolf Winter-Ebmer ist Professor für Arbeitsökonomie an der Johannes-Kepler-Universität Linz und Mitbegründer der Internetplattform „Ökonomenstimme“.

Kontakt: www.econ.jku.at/winter

info

Hat Familie Zukunft?

Das jüdische Monatsmagazin untersucht Familien zwischen Ideal und Realität

„aufbau“ – das jüdische Monatsmagazin – beschäftigt sich in seiner April-Ausgabe mit dem Thema Familie zwischen Mythos und Realität. So wird im Leitartikel das Pessach-Fest als „ein Familien-, ein Freundes-, ein Gemeinschaftsfest“ für das Judentum charakterisiert. Weitere Beiträge betrachten äußere Einflüsse, die die Institution Familie bedrohen, und präsentieren die Forschungsarbeit einer israelischen Soziologin, die sich mit dem negativen Einfluss von Kapitalismus und Massenmedien auf die Liebe auseinandersetzt.

Literatur: „aufbau“ – das jüdische Monatsmagazin. Ausgabe Nr. 4, April 2012. Zürich: Serenada Verlag.
Information: www.aufbau.eu



Fragt die Eltern!

Ravensburger Elternsurvey – Elterliches Wohlbefinden in Deutschland

Was macht Eltern glücklich? Was steigert ihre Zufriedenheit? Eltern agieren in vielen Bereichen, die direkt mit ihren Kindern, mit ihrer Erwerbsarbeit oder ihrer Partnerschaft zu tun haben. Alle Bereiche sind potenzielle Quellen für Glück oder Unzufriedenheit. Wie Eltern von jungen Kindern diese Bereiche selbst bewerten, wie sie sich für unterschiedliche Gruppen entscheiden – diesen Fragen sind die Autoren auf der Basis eines eigens erstellten Konzepts des „elterlichen Wohlbefindens“ nachgegangen.

Das elterliche Wohlbefinden wird anhand von sieben Dimensionen definiert: Bildung, Erwerbstätigkeit, materielle Situation, Persönlichkeit und Gesundheit, Netzwerke, Familienpolitik und subjektives Wohlbefinden. Im Rahmen des Ravensburger Elternsurveys wurde das Konzept empirisch umgesetzt und über 2.000 Eltern zu ihrem Wohlbefinden befragt.

Literatur: Bertram, Hans; Spieß, C. Katharina (Hg.) (2011): Fragt die Eltern! Ravensburger Elternsurvey. Elterliches Wohlbefinden in Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
ISBN 978-3-8329-6871-7, www.nomos.de



Das Väter-Handbuch

Theorie, Forschung, Praxis

38 Beiträge dieses Handbuchs fokussieren auf Vaterschaft und Vatersein in großem Perspektivenreichtum. Dabei wird nicht nur der aktuelle Stand der Väterforschung akzentuiert, sondern es werden ebenso Einblicke in die konkrete Väterarbeit eröffnet. Das Handbuch ist ein Nachschlagewerk für all jene, die sich mit Väter-, Familien-, Gender- und Gleichstellungsfragen auseinandersetzen.

Literatur: Walter, Heinz; Eickhorst, Andreas (Hg.) (2012): Das Väter-Handbuch. Theorie, Forschung, Praxis. Gießen: Psychosozial-Verlag.
ISBN 978-3-8379-2088-8, www.psychosozial-verlag.de

impresum

Medieninhaber: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien | 1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9 | www.oif.ac.at
Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal | **Redaktion:** Dr. Isabella Hranek, Ursula Hambrusch | **Kontakt:** beziehungsweise@oif.ac.at
Fotos und Abbildungen: Ch. Geserick (S. 1) | S. Dörfler (S. 2) | BMFSFJ (S. 4, 5) | R. Winter-Ebmer (S. 7) | Nomos Verlag, Psychosozial-Verlag (S. 8)

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend über die Familie & Beruf Management GmbH sowie der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg.

DVR: 0065528
Österreichische Post AG | Sponsoring: Post | Verlagspostamt: 1010 Wien
Zulassungsnr. 02Z0318205